

14.01.2022 – 14:21 Uhr

Konferenz der Umwelt- und Verkehrsministerinnen und -minister der Alpenstaaten

Vaduz (ots) -

Auf Einladung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga haben Umweltministerin Sabine Monauni und Verkehrsministerin Graziella Marok-Wachter am Freitag, 14. Januar 2022, an der virtuellen Konferenz der Umwelt- und Verkehrsministerinnen und -minister der Alpenstaaten teilgenommen.

Die Schweiz, welche aktuell sowohl den Vorsitz der Alpenkonvention als auch des Zürich Prozess innehat, bat zur Konferenz, um über den Klimawandel in den Alpen und den Verkehr als grössten Verursacher von CO₂-Emissionen im Alpenraum zu sprechen. Basierend auf einem Diskussionspapier erörterten die Delegationen der Alpenstaaten Lösungsansätze im Bereich Güter- und Personenverkehr sowie Tourismus, die sowohl zur Dekarbonisierung im Verkehrsbereich als auch zum Erhalt der Biodiversität im Alpenraum beitragen sollen.

Sabine Monauni erwähnte im Rahmen der Konferenz die Bedeutung des Klimaschutzes und des nachhaltigen Tourismus in der Alpenregion. Dabei hat sie herausgestrichen, dass die Zusammenarbeit der Alpenstaaten im Rahmen der Alpenkonvention für Liechtenstein eine grosse Bedeutung hat und sie ist überzeugt, dass die Alpenstaaten einen wichtigen Beitrag zur europäischen Klimapolitik leisten können. Sie hofft, dass die COVID19-Krise als Chance genutzt wird, um eine nachhaltige und grüne Wirtschaft ins Leben zu rufen. Liechtenstein als ganz in den Alpen liegendes Land ist besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. "Entsprechend sehen wir uns auch in der Verantwortung, unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten", so Sabine Monauni. Dabei liegt der Schwerpunkt in den Bereichen Gebäude und Verkehr, da diese für drei Viertel der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Auch nachhaltiger Tourismus ist ein wichtiges Anliegen. Hier bieten der Liechtenstein-Weg und der Erlebnispass den Touristen und Einheimischen die Möglichkeit zu Fuss, auf dem Rad oder via öffentlichen Verkehr das Land auf klimafreundliche Art zu entdecken und gleichzeitig von Angeboten, wie z.B. freien Museumseintritten und vergünstigten Fahrradmieten, zu profitieren.

Graziella Marok-Wachter zeigte in ihrem Votum die Besonderheiten der Verkehrssituation in Liechtenstein auf und erwähnte, dass der Verkehr einerseits durch einen hohen Anteil an grenzüberschreitender Pendlermobilität und andererseits durch die begrenzten Flächen, die für die Mobilität zur Verfügung stehen, geprägt ist. Diese beiden Punkte belegen laut Graziella Marok-Wachter beispielhaft die Relevanz des internationalen Austausches und der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Verkehr und Mobilität. Viele Punkte aus dem Diskussionspapier, welches im Rahmen der Konferenz kommentiert wurde, decken sich mit den Zielsetzungen des Mobilitätskonzepts 2030, das von der Liechtensteinischen Regierung 2020 verabschiedet wurde. So wird in Liechtenstein im Frühjahr 2022 beispielsweise ein Fahrradverleihsystem gekoppelt an den öffentlichen Verkehr lanciert. Parallel dazu soll das Radroutennetz optimiert und ausgebaut werden, insbesondere auch in Abstimmung mit Liechtensteins unmittelbaren Nachbarn in Österreich und der Schweiz. "Liechtenstein begrüsst daher ausdrücklich die gegenständliche Diskussion und bedankt sich bei der Schweiz für die Initiative. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit", betonte Graziella Marok-Wachter im Rahmen der Konferenz.

Pressekontakt:

Ministerium für Infrastruktur und Justiz
Maximilian Rüdisser, Generalsekretär
T +423 236 60 24

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100883987> abgerufen werden.